

HERAUSGEBER: DR. WOLFGANG WAGNER  
BEIRAT: PROF. DR. GERHARD FELS · PROF. DR. CURT GASTEYER  
PROF. DR. KARL KAISER · DR. NORBERT KOHLHASE  
PROF. DR. HANNS W. MAULL · PROF. DR. KLAUS RITTER  
REDAKTION: DR. ANGELIKA VOLLE  
TILMANN CHLADEK, A. M. HARVARD (T. CH.)  
UTA KUHLMANN-AWAD, DIPL.-ROM. (U. K.)  
SUSANNE LAUX, M. A. (S. L.)  
DR. MARTIN MANTZKE (M. M.)  
Sekretariat: CHRISTINE ESGLAVY  
ADENAUERALLEE 131, D-53113 BONN · TELEFON (02 28) 26 75-0  
TELEFAX (02 28) 26 75 173

ERLAG: Verlag für Internationale Politik GmbH, Bachstraße 32, 53115 Bonn; Postfach 15 29, 3005 Bonn; Telefon: (02 28) 7 29 00 10, Telefax: (02 28) 69 57 34; Bankkonten: Bankhaus Sal. Oppenheim Jr. & Cie., Köln, Konto 23 305 (BLZ 370 302 00); Deutsche Bank AG Bonn, Konto 547 000 (BLZ 380 700 59); Postgironkonto: Köln, Nr. 2588 31-500.  
Geschäftsführer: Gerhard Eichhorn. Verlagsleiter und verantwortlich für Anzeigen: Gerda Fischer.  
ur Zeit gültige Anzeigenpreisliste Nr. 19 ab 1. Januar 1994.

BEZUGSBEDINGUNGEN: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung oder unmittelbar durch den Verlag zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 12,-; Preis des Jahresabonnements (24 Folgen einschließlich Register) DM 190,-; für Studenten DM 140,- für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugsbedingungen. Die übrigen Preise, einschließlich früherer Jahrgänge, laut Preisliste. Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Abbestellungen müssen spätestens 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements beim Verlag eingegangen sein; Jahresabonnements können nur zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Gerichtsstand ist Bonn und Hamburg, soweit das Gesetz nichts anderes zwingend vorschreibt.

SATZ: Foto-Satz-Studio F. Röhrig GmbH, Düsseldorf  
HERSTELLUNG: WAZ-Druck, Duisburg

URHEBERRECHTE: Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge und andere Texte sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Ausgenommen sind die gesetzlich geregelten Rechte gemäß § 53 (2) UrhG.



## Medien und Außenpolitik im Spannungsverhältnis

Von Lawrence Freedman

Die Sorge, immer wieder von den Medien unterlaufen zu werden, ist unter den Akteuren, die in den Regierungen der Atlantischen Allianz Politik gestalten und umsetzen, weit verbreitet. Die Beschwerde ist alt und hat in Sachen Kriegsberichterstattung eine lange und bittere Geschichte. Die allgemeine Abneigung der Regierungen gegen die Art und Weise, in der die Medien sich zwischen sie und die Öffentlichkeit gedrängt haben, ist geblieben, die Ereignisse der letzten Jahre haben ihr jedoch neues Gewicht verliehen.

Nach dem Rückzug aus Vietnam beschwerte man sich, die Medien hätten mit ihrer Betonung der Opfer und der Kosten das amerikanische Volk dazu gebracht, die Ziele, für die der Krieg eigentlich geführt wurde, aus den Augen zu verlieren. In jüngster Zeit, nach den Erfahrungen mit Bosnien und Somalia, geht der Unmut mehr dahin, daß die Fernsehbilder von Entbehrung und Leiden den Ruf nach Taten laut werden lassen – Taten, die Strapazen und Risiken erfordern, die weit über das Maß hinausgehen, das durch irgendein nationales Interesse oder auch nur vernünftige humanitäre Besorgnis gerechtfertigt wäre.

Neben den Beschwerden über die wichtigen Themen der Politikgestaltung gibt es auch ein Murren über die Art, in der die Medien sich in die Umsetzung der Politik einmischen. Wenn Regierungen sich direkt in die Angelegenheiten anderer Länder hineindrängen, entweder aus hartem Eigeninteresse oder aus gutherzigem Mitleid, erwarten die Medien, daß ihre besonderen Bedürfnisse bedacht werden. Die Kamerteams sollen in logistische Vorkehrungen eingegliedert werden, die sonst militärische Ausrüstung oder Hilfsgüter betreffen. Dann, so die Klage weiter, trivialisieren Journalisten oder Kameraleute große Ereignisse, indem sie sie in Gelegenheitsfotos und Geschichten über menschliche Schicksale verwandeln, weil sie eine regelmäßige Kost nachrichtenwürdiger Themen benötigen, egal wie sie ausgeheckt wurden. Dabei nähmen sie scheinheilig für sich in Anspruch, eine höhere Ebene des öffentlichen Interesses zu vertreten als die gewählten Repräsentanten und verantwortlichen Offiziere. Sie rechtfertigten jegliches Wühlen im Dreck, Schnüffelrei und nichtautorisierte Enthüllungen mit dem „Recht der Öffentlichkeit auf Information“, in Wirklichkeit sei dies jedoch die Forderung nach dem „Recht auf Berichterstattung“ und es werde benutzt, um damit Verstimmung und Verwirrung zu stiften.

Sogar wissenschaftliche Spezialisten der internationalen Politik gehen oft sehr vorsichtig mit den Medien um. Sie sind von ihnen abhängig, wenn es um harte Informationen über die Ereignisse in der Welt geht, und oft auch, wenn sie ihre eigene Meinung kundtun möchten. Sie bedauern jedoch die Tendenz zur Trivialisierung und eine offensichtliche Unfähigkeit, Erklärungen zu liefern und Zusammenhänge darzustellen, die über die Banalitäten von Zweiminutenmeldungen zur besten Sendezeit oder eine kurze Spaltenkolumne hinausgehen. Sicherlich gibt es seriöse Zeitungen und gelegentlich Dokumentarfilme, die einer tiefgehenden Analyse Platz einräumen. Leider ist aber zu beobachten, daß sie nur eine kleine Publikums- oder

Prof. Dr. Lawrence Freedman, Professor für Kriegsstudien am King's College, London.

sermindertheit erreichen. Wo die Politiker in den Medien eine Quelle ungerechtfertigter Kritik erblicken mögen, sind die Wissenschaftler eher der Ansicht, daß diese enge Beziehungen zur Regierung hegen und zu sehr darum besorgt sind, ihre privilegierten Quellen zu schützen, als daß sie fehlgeleitete Politik anprangern würden.

#### *Die Information der Öffentlichkeit*

Beide Seiten, Regierungen und Wissenschaftler, werfen ein schwerwiegendes Problem auf: Wie soll in demokratischen Gesellschaften, in denen von den Regierungen erwartet wird, daß sie auf die öffentliche Meinung reagieren, diese öffentliche Meinung ordentlich informiert und über die Konsequenzen verschiedener politischer Alternativen in Kenntnis gesetzt werden? In der Praxis drehen sich die Fragen, die so oft als Kritik an den Medien aufgeworfen werden, eigentlich um die Demokratisierung von Außenpolitik, eine Abkehr vom alten Begriff der „hohen“ Politik, die am besten dem weisen Urteil von Staatsmännern mit Verständnis für die Nuancen der Diplomatie und die richtige Führung internationaler Angelegenheit überlassen wurde. Die Kritik spiegelt jedoch auch die Frustration darüber wider, daß sich trotz der weiten Verbreitung und technischen Vervollkommnung der Mittel der Massenkommunikation keine informierte öffentliche Diskussion herausgebildet hat. Statt dessen hat die Entwicklung zu einem intensiven Wettbewerb um Augenblicke öffentlicher Aufmerksamkeit geführt, die nur mit flüchtigen Bildern und unvollständigen Berichten gefüllt werden können. Es besteht auch die Sorge, daß aus dem Zusammenhang gerissene kraftvolle Bilder und breite Schlagzeilen das irrationale Moment in der Öffentlichkeit fördern, wobei öffentliche Gefühlswallungen die Regierungen zu unvorsichtigerem Handeln zwingen.

Innerhalb der Medien erscheint solche Kritik als selbstgerechtes Elitedenken, als natürliche Nörgelei von Beamten, die es vorziehen, hinter verschlossenen Türen zu agieren, und alle Versuche bargewöhnen, sie zur Verantwortung zu ziehen. Sie wird auch interpretiert als Snobismus von Wissenschaftlern, die gut daran täten zu lernen, wie sie wesentliche Wahrheiten vermitteln können, ohne ihre Botschaften hinter hochgestochener Zurschaustellung von Gelehrsamkeit zu verstecken, und wie man eine einfache Erklärung abgibt, ohne gleich wieder zahlreiche Einschränkungen hinzuzufügen.

Zur Verteidigung der Medien wird Widerstand gegen kleinliche Zensur ins Feld geführt, insbesondere wenn sie im Namen der „nationalen Sicherheit“ betrieben wird, aber in Wahrheit Unfähigkeit und Korruption verdecken soll. Die Medien haben kaum eine andere Wahl, als den Scheinwerfer auf jene Bereiche der Politik zu richten, die die Beteiligten lieber verbergen würden: daher die Feindseligkeit gegenüber ihren Nachforschungen. Im übrigen, worüber auch immer sich die offizielle Seite beschweren mag, nur wenige Akteure des öffentlichen Lebens versuchen nicht, im Nachrichtenwesen mitzumischen, da sie bemüht sind, einzelne Persönlichkeiten, Organisationen und deren Politik in günstigem Licht darzustellen. Meist fühlen die Medien sich eher benutzt als daß sie andere ausnutzen.

Es geht hier um die Bewertung dieser Diskussion im Rahmen einer Analyse des Einflusses der Medien auf die zeitgenössische Außenpolitik. Die Schlußfolgerung lautet, daß der Einfluß der Medien beträchtlich, aber unberechenbar ist. Er ist

beträchtlich, weil er den Informationsfluß zur Verfügung stellt, von dem alle politischen Systeme, besonders aber die demokratischen, abhängen. Durch Ausschöpfen von modernen Kommunikationstechnologien hat sich sowohl die Schnelligkeit des Informationsflusses erhöht als auch dessen Bandbreite erweitert. Das führt jedoch nicht zu einer definitiven oder konsequenten Vereinigenommenheit in der Politik, sondern zu einem eher unberechenbaren Einfluß. Er stellt sicher, daß eine weit größere Gruppe potentieller Akteure weiß, was vorgeht, und diese sich in der Lage fühlen, Unterstützung für ihre Ansichten zu mobilisieren. Themen werden zur Sprache gebracht, bevor eine sorgfältig abgewogene offizielle Meinung aus internen Überlegungen hervorgehen kann. Die direkte Bedeutung der modernen Medien hat daher sehr viel mehr mit ihrem Einfluß auf die Prozesse der Politikgestaltung zu tun als mit deren Inhalten.

#### *Sachzwänge der Medien*

Will man diese Argumente bewerten, muß man zunächst sehen, daß sie weder aus einem Guß sind noch für alle gleichermaßen gelten. Es gibt offensichtliche Unterschiede zwischen den Printmedien und dem Rundfunk, zwischen der seriösen Tagespresse und der Sensationspresse sowie zwischen Fernsehen und Hörfunk. Die Medien sind also stark fragmentiert und daher in extremem Wettbewerb. Innerhalb der Medien gibt es deutlich unterschiedliche Interessen, weitgehend unabhängig vom öffentlichen Wohl, sowohl bezüglich der Einhaltung von Schlußterminen und dem Wunsch, auf der Titelseite groß herauszukommen, als auch hinsichtlich der Einschätzung und der Verbreitung in den Sitzungssälen.

Die Medien sind nicht ausschließlich oder sogar vorrangig darauf ausgerichtet, Nachrichten und Meinungen zu vermitteln, sondern bieten auch Unterhaltung. Die Öffentlichkeit will beides. Es ist daher nicht erstaunlich, daß die Versuchung besteht, die Nachrichten unterhaltender zu gestalten, indem man sie sensationeller aufbereitet, als der Inhalt es verdient. Auch die umgekehrte Korrelation zwischen der Tiefe der Analyse und der Aufmerksamkeitspanne des Publikums ist bekannt. Die für das Sammeln und Verbreiten von Nachrichten Verantwortlichen stehen dauernd unter dem Druck, ihren Anteil an der Arbeitsleistung und auch ihr Budget gegenüber Eigentümern und Aktionären sowie gegenüber der Öffentlichkeit im allgemeinen oder dem politischen Establishment zu rechtfertigen.

Medienorganisationen sind Unternehmen, die sich in hohem Maße auf Werbeeinnahmen und ein entsprechend lukratives Publikumsprofil stützen. Interne Zwänge in der Nachrichtenredaktion selbst sind in diesen Organisationen beträchtlich. Während die Qualität der modernen Kommunikation eine sofortige Übertragung von Wort und Bild ermöglicht, müssen die Teams und Reporter an die jeweiligen Orte geschickt und oft unter hohem Kostenaufwand unterhalten werden. Es müssen redaktionelle Entscheidungen über den Nachrichtenwert getroffen werden und, wie bei politischen Entscheidungen, welche Themen in den Vordergrund gerückt werden sollen. Die Entscheidungen spiegeln die populäre Einschätzung und logistische Erwägungen ebenso wider wie inhaltliche Wichtigkeit. Ein großes menschliches Unglück kann Aufmerksamkeit wecken, wenn die anderen Nachrichten im Vergleich eher zahnlos sind, aber die gleiche Geschichte könnte durch ein noch sensationelleres lokalpolitisches Drama verdrängt werden oder allein durch die „Mitleidsmüdigkeit“ nach einer

tut ähnlicher Unglücke. Die besten Berichterstattungen bringen große Risiken mit sich, daher sind Tod und Verletzung in Ausübung der Pflicht keine Seltenheit (das geht so weit, daß manche Frontlinienreporter heute zusammen mit den Soldaten trainieren, die sich auf Friedenserhaltungsaufgaben vorbereiten).

Wie bei den Prioritäten einer Regierung bei der Entscheidung, wohin Friedenstruppen entsandt werden sollen, sind einige Schauplätze einfach zu weit entfernt, zu gefährlich und anscheinend zu uninteressant für die Öffentlichkeit. Daher wurden die brutalen Bürgerkriege in Liberia und Angola regelrecht ignoriert, während über den bosnischen Konflikt im allgemeinen ausführlich berichtet wurde. Die Verfolgung der Kurden durch Saddam Hussein im Jahr 1988 wurde vernachlässigt, im März 1991 aber waren die Medien in unmittelbarer Nachbarschaft, da sie in Massen am Golf stationiert waren, um über die „Operation Wüstensturm“ zu berichten. So konnten sie umfassend und lebhaft über das Schicksal der Kurden informieren.

Kurdische Flüchtlinge, gefangen in den Bergen, Äthiopier am Rande des Verhungerns oder Bürger von Sarajewo, die vor den Schüssen von Heckenschützen fliehen, haben einige der erschreckendsten und einflußreichsten Bilder vermittelt, aber dies sind Ausnahmen von der Regel. Eben solche Ausnahmen sind Erfolge des Ermittlungsjournalismus wie die Watergate-Enthüllungen, die schließlich zum Sturz des amerikanischen Präsidenten Richard Nixon im Jahr 1974 führten. Die größte Effektivität legen die Medien dort an den Tag, wo es gilt, die Kluft zwischen amtlichen Äußerungen und dem aufzuzeigen, was Wirklichkeit zu sein scheint. Wenn serbische Greuelthaten als Propaganda abgetan werden, können Beweise für ethnische Säuberungen oder „Konzentrationslager“ einen offiziellen Sprecher in die Defensive drängen.

#### Wechselwirkungen von Medien und Politik

Die Quelle der meisten Nachrichten sind die darin vorkommenden Personen. In öffentlichen und privaten Interviews enthüllen Mitglieder der politischen Elite, was sie loswerden wollen, um Unterstützung für die Position zu erhalten, für die sie gerade eintreten (einschließlich ihrer eigenen Karriere). Ein guter Journalist kann unbeabsichtigte Enthüllungen herauskitzeln oder bringt es fertig, daß die Körpersprache mehr sagt als die mündlichen Äußerungen hergeben.

Die Medien leben von Informationen. Wenn diese verweigert werden, können sie äußerst aggressiv werden. „Kein Kommentar“ schafft ein Vakuum, das mit Spekulationen ausgefüllt wird. In Fällen, in denen die verfügbaren neuen Informationen nicht der Wichtigkeit der Berichterstattung entsprechen (als beispielsweise während der langen Phase des Golf-Kriegs die Maßnahmen der Allwissenden restlos ausgeschöpft waren), sind die Medien sich nicht zu fein, über sich selbst zu sprechen. Sie leiden jedoch selten unter Informations hunger, weil sie normalerweise von vielen Leuten gefüttert werden.

Wenn Regierungen es oft als schwierig empfinden, ihre Botschaft in der gewünschten Form an den Mann zu bringen, liegt das nicht daran, daß die Medien ihnen nicht zuhören, sondern daran, daß Regierungsaßerungen einander widersprechen. Die Möglichkeiten für innovativen Journalismus scheinen direkt mit der Fragmentierung des politischen Systems zusammenzuhängen. Im Extremfall wollen

autoritäre Regime jegliche Meinungsverschiedenheiten nicht nur innerhalb der Regierung, sondern auch zwischen Regierung und Gesellschaft vermeiden, und daher muß die Berichterstattung der Medien völlig konform sein – wie es in der kommunistischen Presse oft der Fall war. Gelübte Beobachter können in solchen Systemen durchaus Indizien für interne Machtkämpfe oder politische Streitigkeiten finden; das erfordert jedoch besondere Aufmerksamkeit für Fragen, wie wer auf offiziellen Fotos wo sitzt oder wieviel über bestimmte Ereignisse geschrieben wird. Von dieser Form der Entschlüsselung lebten die Sowjetologen jahrelang.

Im Gegensatz dazu bieten die formelle Gewaltentrennung und die Tendenzen zu innerbehördlichen Streitigkeiten in der Exekutive der Vereinigten Staaten den Journalisten ein weites Feld, auf dem Beamte, Politiker und Kongreßmitarbeiter mit ihren Mitteilungen sich gegenseitig auszuspielen trachten. Da Informationen benutzt werden, um die Diskussionen innerhalb der Regierung zu beeinflussen, müssen die Berichte in der *New York Times* und der *Washington Post* in der Tat als eine Form interner Kommunikation betrachtet werden. Sie werden von führenden Mitgliedern der Regierung viel genauer gelesen als die gefilterten und mehrfach redigierten offiziellen Mitteilungen, die die Ministerien und Ausschüsse durchlaufen haben. Es ist tatsächlich so, daß viele offizielle Dokumente erst interessant werden, wenn sie durchsickern.

So wichtig wie die Medienkontakte für die politischen Akteure sind für die Journalisten umgekehrt auch die Kontakte zu offiziellen Stellen weil sie so die Qualität ihres Zugangs unter Beweis stellen und die ersten sein können, die die neuesten Informationen enttrollen. Im Westen steht keineswegs eine monolithische Medienstruktur einer monolithischen Regierung gegenüber. Auch ist es nicht so, daß die Medien dauernd neugierig herumschnüffeln, während die Regierenden sich bedeckt halten. Vielmehr besteht eine Art Wechselwirkung, bei der die Interessen manchmal kollidieren, manchmal übereinstimmen.

Dies führt unausweichlich zu einer Konzentration auf den Prozeß der Entscheidungsfindung, weniger auf die Ergebnisse. Damit wird es schwierig, den Einfluß der Medien von ihrer Berichterstattungsfunktion zu trennen. Wenn Amtsträger behaupten, sie seien durch den Druck der Medien aus der Bahn geworfen worden, meinen sie im allgemeinen, daß der jeweilige Gegner seine Medienkontakte effektiver genutzt hat. In der Tat wird eine Regierung mit einer klaren Politik, auf die sie vertraut, kaum vom Druck der Medien beherrscht werden. Die britische Regierung mag beispielsweise von Forderungen nach direkter militärischer Intervention in Bosnien irritiert worden sein, sie widerstand ihnen jedoch. Etwas verallgemeinernd könnte man sagen, daß jene Regierungen, die am ehesten geneigt sind, nach der Pfeife der Medien zu tanzen, auch am ehesten empfänglich sind für jegliche Stimmungsbarometer der Öffentlichkeit, von Meinungsumfragen über Briefaktionen bis zu Spenden für die Parteikassen.

#### Kriegsberichterstattung und „öffentliche Diplomatie“

Die Beziehungen zwischen Regierung und Medien sind in Kriegszeiten besonders anfällig für Spannungen. Für einen Militärbefehlshaber ist Information eine Kriegswaffe. Er versucht so viele Informationen wie möglich über die Fähigkeiten und Pläne seines Gegners zu erhalten. Je mehr er über dessen Stärken und Schwächen weiß, desto effektiver kann er seine Operationen planen. Aus den gleichen Gründen

wird seine Aufgabe schwieriger und gefährlicher, je mehr der Feind über seine eigene Lage herausfindet -, ausgenommen natürlich, der Feind kann mit falschen Informationen getäuscht werden. So hat ein Militärbefehlshaber ein Interesse daran, daß konkrete Informationen zurückgehalten und - gelegentlich - Fehlinformationen verbreitet werden. Die Medien verfolgen ein anderes Interesse: Sie leben von Informationen und stöbern dort, wo immer dies erfolgversprechend scheint. Ihr Ruf hängt zum Teil von der Genauigkeit der erhaltenen Information ab.

Das führt unausweichlich zu Spannungen zwischen den Kommandeuren und den Medien. In der Praxis erkennen beide, daß irgendwo eine Grenze gezogen werden muß. Es nützt dem Renommee einer Fernsehsendung oder einer Zeitung wenig, wenn sie für das Verlieren eines Krieges oder den Tod von Soldaten verantwortlich gemacht wird. Ebenso erkennen Militärbefehlshaber an, daß ihre Operationen - zumindest in einer Demokratie - vor Parlament und skeptischer Öffentlichkeit gerechtfertigt werden müssen und daß in Kriegszeiten keine Nachricht oft für eine schlechte Nachricht gehalten wird.

Schwerer wiegt jedoch, daß viele begrenzte Konflikte in der modernen Welt sich vor einem Hintergrund intensiver diplomatischer Aktivitäten abspielen, bei denen der Eindruck auf Verbündete oder einflußreiche Neutrale entscheidend sein könnte. Die Bewertung der jeweiligen militärischen Fähigkeiten und die Leistung auf dem Schlachtfeld beeinflussen die Politik anderer Staaten. In dieser Hinsicht ist Information ein wichtiges Instrument, wenn es darum geht, für internationale Unterstützung zu werben. Die Vereinigten Staaten haben jetzt einen Zweig in der Kunst der Diplomatie geschaffen, der als „öffentliche Diplomatie“ bezeichnet wird, manch einer könnte darin nur ein netteres Wort für Propaganda sehen.

Ein Teil des Problems der öffentlichen Diplomatie rührt von der Schwierigkeit her, Informationen zu kontrollieren. Zu Hause könnte den Medien strenge Zensur auferlegt werden, nicht aber in anderen Staaten. Militärbefehlshaber und ihre politischen Chefs müssen mit einer Welt fertig werden, in der Kommunikation immer leichter wird und die Erwartungen an einen steten Fluß qualitativ hochwertiger Informationen steigen. Nachrichten aus der aktuellen Kampfszone könnten einer strikten Kontrolle der Militärbehörden unterstellt werden, was zu Protesten der Journalisten führen muß. Diejenigen, die nahe am Geschehen sind, sind andererseits oft auch besser in der Lage, die Risiken zu verstehen, die auch sie zu verantworten hätten, wenn die falschen Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Im Falkland-Krieg konnte die britische Regierung die Medien hauptsächlich in den logistischen Gründen durch die Streitkräfte kontrollieren. Das hat sich in den nachfolgenden Kriegen zunehmend als schwierig erwiesen, seit direkte Satellitenverbindungen mehr freiberufliche Betätigung von Journalisten ermöglichen.

Viele Probleme sind jedoch nicht durch die Reporter an der Front entstanden, sondern durch das Nachrichtenmanagement von außerhalb. Am Golf waren sich viele Reporter bewußt, daß ihnen mit Videoaufnahmen aus angreifenden Flugzeugen einseitige Bilder geliefert wurden, Bilder, auf denen Bomben mit großer Genauigkeit Gebäude trafen, die dabei getroffenen Menschen sah man nicht. Diese Szenen machten Fernsehen jedoch zu packend, als daß man sie hätte beiseite lassen können.

Die Rolle der Medien unter diesen Umständen korrekt zu bewerten fällt schwer, weil die von den USA angeführte Koalition zu keinem Zeitpunkt den Anschein

erweckte, als verlöre sie die Initiative. Es gab wohl eine Reihe von Situationen, in denen sich andeutete, wie eine bis dahin willfährige „Reportermeute“ sich plötzlich gegen unglückliche Beamte wenden kann, wenn es schlechte Nachrichten gibt oder die offizielle Linie konfus scheint. In einer Welt, in der die USA keinen Widerspruch zu ihren Militäroperationen erwarten, scheinen die Erfordernisse der öffentlichen Diplomatie manchmal Priorität gegenüber der militärischen Geheimhaltungspflicht zu genießen. So warteten bei der Landung der amerikanischen Streitkräfte in Somalia im Dezember 1992 Kamerteams auf die Soldaten in Tarnanzügen, die mit ihren geschwärzten Gesichtern ziemlich gehemmt ihre Verteidigungspositionen einnahmen. Im folgenden Monat wurde das kurze Wiederaufflammen der Feindseligkeiten zwischen den Alliierten und Irak von den USA so offen behandelt, daß eine Nachrichtenpause auf einem Flugzeugträger ein sicheres Anzeichen dafür war, daß gerade ein Angriff geflogen wurde.

### Der „CNN-Faktor“ in der Politik

Von größter Bedeutung ist der Einfluß der Medien dann, wenn sich gerade etwas ereignet. Die ersten Bilder und Berichterstattungen sind entscheidend. Es liegt in der Natur des Mediums, besonders des Fernsehens, daß Anekdoten tendenziell mehr Gewicht erhalten als statistische Beweise, auch wenn die letzteren ein wahrhaftigeres Bild vom Stand der Dinge geben. Eine herzzerreißende Geschichte kann immer als politisches Versagen dargestellt werden, da es aber nur begrenzte Möglichkeiten gibt, Hintergrundinformationen zu liefern, kann ihre volle Bedeutung nicht erfaßt werden. Der Leichnam eines amerikanischen Marinesoldaten, von iranischen Mullahs oder bewaffneten Somalis vor den Kameras herumgetragen, hat weit mehr Auswirkungen auf die öffentliche Wahrnehmung als der gleiche Verlust an Menschenleben außerhalb des Blickfelds. Das menschliche Unglück in Ruanda hatte eine komplexe politische Ursache: „Opfer“, die nach Zaire flohen, waren oft selbst Täter gewesen; Hilfsorganisationen, die außerhalb von Ruanda Lager unterhielten, wurden beschuldigt, neuen Aufbruch zu erleichtern. Dies läßt sich nur schwer vermitteln, wenn die bestürzteste Szene ein kleines Kind zeigt, das beim Kampf um Lebensmittelaufgaben niedergetrampelt wird. Es gibt andere Beispiele für die Schwierigkeit, ein vollständiges Bild zu zeichnen: Jene Reporter, die ausgesandt wurden, um im ehemaligen Jugoslawien serbische Greuelstaten aufzuspüren, übersahen Hinweise auf die von Kroaten begangenen Greuelstaten.

Die an diesen Konflikten Beteiligten wissen oft sehr genau, wie wichtig Nachrichtenmanagement ist, um sicherzustellen, daß ihr Standpunkt bis in höchste Regierungskreise gelangt und die öffentliche Meinung in Schlüsselstaaten beeinflusst. Man muß nur darauf achten, wie oft die von Oppositionsgruppen hochgehaltenen Transparente in recht obskuren Ländern Slogans in Englisch tragen.

Viele Probleme mit der Berichterstattung über aktuelle Ereignisse ergeben sich jedoch nicht aus willkürlicher Manipulation durch lokale Gruppen oder die Nachrichtenorganisationen selbst, sondern durch die bloße Geschwindigkeit der Übermittlung. Eine dramatische Nachricht kann an die Öffentlichkeit gelangen, bevor die Regierungen ihren Standpunkt über deren Bedeutung und Auswirkungen erarbeitet haben. Als amerikanische Nachrichtendienste im Oktober 1962 erstmals über die Existenz sowjetischer Raketen auf Kuba berichteten, hatte Präsident John F.

Kennedy fünf Tage Zeit, um seine Reaktion zu formulieren, dann teilte er selbst die Neugierkeit dem amerikanischen Volk mit. Er hatte sich für eine Blockade entschieden: Seine erste Regung war es aber gewesen, einen Luftangriff zu führen, und der wäre vielleicht autorisiert worden, hätte man den Präsidenten zu einer früheren Entscheidung gedrängt.

Der „CNN-Faktor“ ist weder eine Quelle für politische Patentrezepte noch für bewegende Bilder, sondern für rohe Daten, die manchmal nicht auf ihre Genauigkeit geprüft und kaum interpretiert werden. Weil die Medien heute so viel rascher arbeiten als offizielle Kanäle, reagieren oft alle auf das gleiche Stück Rohinformation. So wurde beispielsweise im Golf-Krieg verbreitet, die erste Scud-Rakete auf Tel Aviv habe einen chemischen Sprengkopf getragen. Bevor herauskam, daß dies nicht stimmte, hatte es unter den „schlaunen Köpfen“ große Spekulationen darüber Beamter was dies für den weiteren Verlauf des Krieges bedeutete. Wäre ein führender Beamter oder Politiker bei solchen Spekulationen erwisch worden, wäre sicherlich mehr über die Planung für den Notfall verraten worden, als ratsam gewesen wäre. Gegen Ende des Krieges führten Berichte über das Schicksal von Irakern, die auf der Flucht aus Kuwait-City im Tiefflug von der amerikanischen Luftwaffe angegriffen wurden, zu Schlagzeilen über die „Straße des Todes“. Später wurde erkennbar, daß die Zahl der Opfer unter den Irakern stark übertrieben war, doch hatten die Berichte Präsident George Bush veranlaßt, die Kämpfe frühzeitig zu beenden.

Wenn Wissen Macht ist, dann muß die Verbreitung von Wissen in einer Verbreitung der Macht resultieren, dann ist die Kontrolle über diesen Prozeß in sich eine Form von Macht. Wie oben dargestellt, ist jedoch die Kontrolle über Informationsflüsse durch die Medien oft verworren und fragmentiert, wobei der Einfluß auf die Wahrnehmung durch Öffentlichkeit und Politik oft eher unbeabsichtigt als bewußt gelenkt ist. Die Geschwindigkeit und Politik oft eher unbeabsichtigt als bewußt Aufdringlichkeit der Berichterstattung stellen neue Anforderungen an die Politiker. Es hat nicht den Anschein, als würde die Entscheidungsfindung dadurch stark verschlechtert – vielleicht wird sie stärker beschleunigt. In mancher Hinsicht könnte sie sogar besser werden, da die Politiker einer Vielzahl von Informationsquellen ausgesetzt sind, die über die amtlichen hinausgehen und sie verpflichten, größere Verantwortung zu übernehmen. Während viele der Anschuldigungen, die zu Beginn dieses Beitrags erhoben wurden, unfair erscheinen mögen und heutzutage in jedem Falle jenseits der Kontrollmöglichkeiten von Regierungen liegen, werfen sie doch Fragen auf, die die Beteiligten in den Medien selbst sich stellen müssen. In den dreißiger Jahren stellte ein britischer Premierminister, dem die „Pressebarone“ Schwierigkeiten bereiteten, fest, diese Barone erfreuten sich der „Macht ohne Verantwortung, ein jahrhundertaltes Privileg der Hure“. Die Macht der Medien mag übertrieben worden sein, es bleibt jedoch wichtig, einmal zu durchdenken, was es bedeutet, eine verantwortliche Nachrichtenorganisation zu sein.

## Sprengt die Militärtechnik das transatlantische Bündnis?

Von Yves Boyer

Zwar hat sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs der technologische Fortschritt über den ganzen Planeten ausgebreitet, doch ist die Quelle dieses Fortschritts Erbeil einer beschränkten Zahl von erstrangigen Ländern geblieben. Unter diesen Ländern wiederum haben die Vereinigten Staaten eine Vorreiterrolle im Abenteuer der Technik in der modernen Zeit gespielt. Jenseits des Atlantiks ist dieses Abenteuer mit dem Mythos der „Grenze“ verschmolzen worden, einer Grenze, die keine physische Form mehr besitzt, deren Eroberung aber die höchsten Qualitäten der menschlichen Intelligenz herausfordert, um die wissenschaftlichen Erkenntnisse immer mehr zu erweitern und sich dafür immer neue praktische Anwendungen auszudenken. In jüngerer Zeit greifen amerikanische Experten beim Thema der Umwälzung, die sich auf dem militärischen Gebiet nach dem Ende des Kalten Krieges vollzogen hat, immer noch und erneut auf dieses Thema der „Grenze“ zurück.<sup>1</sup> Neben diesen Bildern, die der Ideologie des amerikanischen Modells entlehnt sind, nehmen die Vereinigten Staaten gegenüber der Weiterverbreitung des technischen Fortschritts eine zwiespältige Haltung ein. Verschwenderisch, ja großzügig ließen sie die internationale Gemeinschaft daran teilhaben, womit sie zweifellos für den wirtschaftlichen Fortschritt zahlreicher Staaten einen Beitrag geleistet haben, eine unerläßliche Voraussetzung des verbreiteten Aufschwungs der Demokratie. Daneben hat ihre legitime Sorge um ihre internationale Sicherheit sie veranlaßt, einseitige oder ausgehandelte juristische Vorkehrungen zu treffen, die darauf abzielen, die Ausbreitung und Anwendung gewisser Technologien einzuschränken. Deshalb ließen sie seit 1945 nicht davon ab, sich Mittel und Wege auszudenken, die darauf abzielten, das Monopol bei bestimmten wissenschaftlichen Kenntnissen und Technologien mit militärischen Anwendungsmöglichkeiten zu behalten. Das beachtenswerteste Beispiel für diese politisch-strategischen Entscheidungen war der Baruch-Plan, der im März 1946 den Vereinten Nationen unterbreitet wurde und darauf gerichtet war, die Verbreitung nuklearwissenschaftlicher Kenntnisse in einem für die Vereinigten Staaten günstigen Sinne zu fördern, wobei die Weiterverbreitung der Kernwaffen unterbunden werden sollte.

Heute ist es unbestreitbarer denn je, daß sich der internationale Wettbewerb von der Bemühung um die traditionellen Machtmittel wie etwa der Ausdehnung des Territoriums, der Verfügungsgewalt über Bodenschätze, des Besitzes von Schwerindustrie, der Größe der Bevölkerung oder der Streitkräfte verlagert hat auf die Beherrschung von Schlüsseltechnologien wie ihrer Anwendung besonders in den Gebieten von Verteidigung, Luft- und Weltraumfahrt und der Sammlung und Verarbeitung von Informationen. Der Erwerb von Vorteilen auf wissenschaftlichem oder technologischem Gebiet verleiht heutzutage eine beherrschende Position im

*Dr. Yves Boyer, Directeur adjoint, Centre de Recherches et d'Etudes sur les Stratégies et les Technologies (CREST), Ecole polytechnique (CID), Paris. Der Beitrag erscheint auch in einer erweiterten Fassung in *politique étrangère*, Nr. 4, Winter 1994.*